

NW

Ostwestfalen-Lippe

NR. 288, MONTAG, 12. DEZEMBER 2005

Ganztagschule wird teurer und langweiliger

Elterninitiativen bekommen weniger Geld

VON BERNHARD HANEL

■ **Bielefeld/Düsseldorf.** 204 Euro zusätzlich spendiert die NRW-Landesregierung pro Kind in der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS). Den inzwischen über 1.400 Schulen, die an dem Betreuungsprogramm teilnehmen, sollen künftig 0,2 Lehrstellen zur Verfügung gestellt werden – 0,1 mehr als bislang. Hier endet die gute Nachricht.

Aus dem „Entwurf der Neufassung der Erlasse und Förderrichtlinien für die Offene Ganztagschule“, der dieser Zeitung vorliegt, gehen einschneidende Änderungen hervor. Sie betreffen hunderte von Elterninitiativen, die bislang den Betrieb der OGS selbstständig oder gemeinsam mit Trägern der Wohlfahrtspflege organisierten. Künftig stehen ihnen nur noch 103 Euro (statt bislang 205 Euro) pro Kind zur Verfügung, mit dem bislang fachkundiges Betreuungspersonal für die außerunterrichtlichen Zeiten angestellt werden konnte. Deren Arbeit sollen jetzt Lehrer übernehmen. „Wie kann das gehen mit 0,15 Lehrstellen?“, fragt Martin Künstler, Fachgruppenleiter für den Bereich Kinder und Jugend beim Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Entwickelt wurde das neue Konzept vornehmlich von Günter Wienands, Staatssekretär im Schulministerium, sowie von Integrationsminister Armin Laschet (beide CDU). Wienands gilt als alter Weggefährte und Vollstrecker von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, den er seiner politisch unerfahrenen Schulministerin Barbara Sommer zur Seite stellte. Aus Gesprächen der Träger der Wohlfahrtspflege mit Wienands ist zu hö-

ren, dass er „mit unglaublicher Arroganz“ agiere. Teilnehmer sprechen ihm jede Dialogfähigkeit ab. Zitat Wienands: „Ich habe den Einigungsvertrag in drei Monaten verhandelt, dann bekomme ich die Neuorganisation der Schulen in NRW in einem Jahr auch hin.“

Verärgert sind alle Träger ob des Bildungsbegriffs, der dem Rückschritt in der OGS zu Grunde liege. „An Laschet und Wienands sind mindestens die letzten fünf Jahre der Bildungsdiskussion nach PISA vorbei gegangen“, so ein Teilnehmer der Gespräche. Beide verstünden unter Bildung lediglich, was in Kinderköpfe hinein getrichtert werde – ganzheitliches Lernen werde durch Lehre ersetzt.

Bestehende Verträge genießen nur ein Jahr Bestandsschutz

Um ein Mindestangebot an offener Freizeit in der OGS zu gewährleisten, sollen die Elternbeiträge um 50 Prozent (künftig 150 Euro) steigen. Sie werden nach Einkommen gestaffelt erhoben: In sozial schwachen Einzugsgebieten dürfte der Zuschussbeitrag der Kommunen daher erheblich steigen. Zudem soll für die bislang freie Betreuung während der Ferien ein weiterer Betrag erhoben werden dürfen. Hier dürfen sich dann die freien Träger engagieren, denn für die Ferienzeiten stehen Lehrer nicht zur Verfügung.

Bestehende Verträge genießen lediglich ein Jahr Bestandsschutz. Die freien Träger, die ihr Personal aus den zugunsten des Ganztagsbetriebs aufgelösten Horten in die OGS eingebracht haben, befürchten eine Entlassungswelle für Erzieherinnen und Sozialpädagogen.